

## ANTRAG

*Die FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz möge beschließen:*

### 1 Bürokratieabbau für die Wirtschaft – Positionspapier der FDP-Fraktionen

2

3 Deutschlands Wirtschaft ächzt unter zu viel Bürokratie. Sie verursacht Kosten, verhindert Innovationen  
4 und erschwert Investitionen. Die Attraktivität des gesamten Standortes leidet. Gerade in Zeiten der  
5 konjunkturellen Schwäche, knapper Kassen und des zunehmenden internationalen Wettbewerbs  
6 können wir uns das umso weniger leisten. Die Unternehmen und Selbstständigen brauchen eine  
7 regulatorische Atempause. Ein kraftvoller Bürokratieabbau entfesselt die Wirtschaft und ist ein  
8 Konjunkturprogramm zum Nulltarif. Das ist nötiger denn je!

9

10 Erste Schritte der Bundesregierung zeigen hierbei, dass Bürokratieabbau möglich ist. Dank des LNG-  
11 Beschleunigungsgesetzes konnten die Terminals für den Import von Flüssiggas in Rekordzeit errichtet  
12 werden. Das Genehmigungsbeschleunigungsgesetz führt zu erheblichen Erleichterungen für  
13 Infrastrukturprojekte im Verkehrsbereich. Das sich aktuell in der Finalisierung befindliche  
14 Bürokratieentlastungsgesetz IV (BEG IV), das Moderne-Schiene-Gesetz und das  
15 Wachstumschancengesetz sind weitere kraftvolle Schritte in die richtige Richtung und müssen  
16 schnellstmöglich und unverwässert verabschiedet werden. Das BEG IV ist der nächste, aber nicht der  
17 letzte Schritt. Darauf muss weiterer Bürokratieabbau folgen – auf europäischer Ebene, im Bund und  
18 auch in den 16 Ländern.

19

20 Die FDP-Fraktionen fordern daher:

21

#### 22 1. EU-Lieferkettenrichtlinie in aktueller Form stoppen – Belastungen für Wirtschaft verhindern

23

24 Die FDP-geführten Bundesministerien für Finanzen und für Justiz haben sich richtigerweise gegen die  
25 EU-Lieferkettenrichtlinie in ihrer aktuellen Form ausgesprochen und damit deren Verabschiedung  
26 bisher verhindert. Die deutsche Wirtschaft wurde dadurch von enormen, unverhältnismäßigen  
27 Belastungen verschont, Rechtsunsicherheit vermieden und der Einhaltung von Menschenrechten ein  
28 Bärendienst erspart. Wir fordern den endgültigen Stopp der Lieferkettenrichtlinie in der aktuellen  
29 Form und eine grundlegende Überarbeitung! Zudem braucht es eine praxisnahe Überprüfung und eine  
30 Entschlackung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes.

31

32

#### 33 2. Bürokratie auf EU-Ebene offensiv abbauen – CDU-geführte Kommission in die Pflicht nehmen

34

35 Aber nicht nur bei der Lieferkettenrichtlinie, ganz allgemein ist die Europäische Union zu einem  
36 enormen Bürokratietreiber geworden. Insbesondere unter der CDU-geführten Von-der-Leyen-  
37 Kommission der letzten vier Jahre ist dies immer schlimmer geworden. Wir brauchen daher endlich  
38 eine Bürokratieabbauoffensive auf europäischer Ebene! Dringend notwendig sind eine  
39 Regulierungspause beim EU Green Deal, eine Aufgabe aller Pläne zu einer Sozialtaxonomie sowie eine  
40 systematische Erfassung und damit Vergleichbarkeit aller EU-Bürokratiekosten. Der Bürokratieabbau  
41 ist insbesondere für KMU wichtig, denn viele neue Richtlinien und Verordnungen auf EU-Ebene sind so  
42 ausgestaltet, dass Großunternehmen sie noch umsetzen können, KMU jedoch kaum oder nur zu  
43 exorbitanten Kosten. Vorhaben wie die neue EU-Entgelttransparenzrichtlinie gehen über das deutsche  
44 Entgelttransparenzgesetz hinaus, das Ausnahmen für Kleinbetriebe vorsieht. Auch bedarf es einer  
45 praxisgerechteren Weiterentwicklung bei den Vorgaben des europäischen Umweltrechts,  
46 insbesondere Vereinfachungen auf dem Gebiet der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Die aktuelle  
47 und jede zukünftige EU-Kommission werden sich daran messen lassen müssen.

48

49 **3. Digitalisierung vorantreiben – Schriftformerfordernisse abschaffen, OnceOnly und One-Stop-Shop**  
50 **realisieren, OZG 2.0 umsetzen**

51

52 Eine leistungsfähige Wirtschaft braucht einen leistungsfähigen Staat. Dieser wird im 21. Jahrhundert  
53 aber nicht mehr ohne eine umfassende Digitalisierung zu machen sein. Deshalb müssen wir die vielen  
54 nicht mehr zeitgemäßen Schriftformerfordernisse in Bund und Ländern abschaffen und auf  
55 digitaltaugliche Lösungen setzen. Zukünftig muss bei allen Informations- und Berichtspflichten gelten:  
56 Wenn sie nicht abgeschafft werden, dann werden sie digitalisiert.

57

58 Dazu gehören auch die Umsetzung des OnceOnly-Prinzips, nach dem Daten und Nachweise für die  
59 Verwaltung nur einmal erfasst und dann für alle öffentlichen Leistungen verwendet werden, und die  
60 Umsetzung des One-Stop-Shop-Prinzip, also die Durchführung aller verwaltungstechnischen Vorgänge  
61 an einer Stelle. Nur damit wird mehr Tempo bei der Digitalisierung möglich sein.

62

63 Das vom Bundestag verabschiedete Onlinezugangsgesetz 2.0 (OZG 2.0) zündet die nächste Stufe der  
64 Verwaltungsdigitalisierung: Es ermöglicht, künftig Dienstleistungen der Verwaltung mit der BundID  
65 oder einem Unternehmenskonto rechtssicher und einheitlich digital zu nutzen.

66

67 Das OZG 2.0 gilt jedoch nur innerhalb der Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Wir fordern daher  
68 auch in den 16 Bundesländern eine generelle Anpassung der Verwaltungsvorschriften und dort die  
69 Ersetzung der Schriftform durch die elektronische Form. Dadurch könnten Fachverfahren schneller  
70 digitalisiert und somit die Vorteile der Digitalisierung schneller genutzt werden. Die Digitalisierung der  
71 Fachverfahren darf sich dabei nicht nur auf den Prozess der Antragstellung beschränken, sondern muss  
72 den gesamten Verwaltungsprozess in den Blick nehmen, um zum Beispiel durch Automatisierung und  
73 den Einsatz von KI Verwaltungsprozesse effizienter und damit deutlich schneller zu machen.

74

75

76 **4. Bürokratie-Check für die Bundesländer einführen – Entlastungswettbewerb entfachen**

77

78 Wir fordern die Übertragung des Bürokratiekosten-Index auf alle Bundesländer! Ziel muss sein, den  
79 Index in allen Ländern kontinuierlich deutlich zu senken und einen Wettbewerb für weniger Bürokratie  
80 und mehr Freiräume für Unternehmen zu entfachen. Dazu müssen ebenso alle Gesetze und  
81 Vorschriften regelmäßig auf ihren Bürokratieaufwand überprüft werden und Vorschläge für  
82 Vereinfachungen und Entlastungen gemacht werden. Entlastungen und Vereinfachungen können auch  
83 in Reallaboren erprobt werden. Wir erwarten vom Bundeswirtschaftsminister, dass er den  
84 Gesetzentwurf über Reallabore zu einem mutigen „Bundesexperimentiergesetz“ macht, das echte  
85 Freiheitszonen unter wirklich spürbar niedrigeren regulatorischen und steuerlichen Bestimmungen  
86 schafft. Erfolgreiche Innovationen und Maßnahmen zur effektiven Bürokratievermeidung und -  
87 reduzierung können als Best-Practice-Beispiele dienen und länderübergreifend genutzt werden. Die  
88 Länder können sich verpflichten, die Zuständigkeit für Bürokratieabbau zu vereinheitlichen.

89

90

91 **5. Rechtsumsetzungen auf 1:1-Umfang beschränken – gold plating ausschließen**

92

93 Wir fordern, dass notwendige Umsetzungen von EU-Vorgaben in Bundesrecht oder von  
94 Bundesvorgaben in Landesrecht auf den absolut notwendigen Minimalumfang begrenzt werden.  
95 Wenn von einer 1:1-Umsetzung abgewichen wird, soll dies kenntlich gemacht werden müssen. So  
96 werden bundespolitische Ergänzungen oder landesspezifische Verschärfungen – sogenanntes *gold*  
97 *plating* – transparent und es kann zwischen EU-Recht und Gold-Plating unterschieden werden. Das gilt  
98 auch für bereits in Bundes- und Landesrecht umgesetzte EU-Vorgaben, die über den notwendigen  
99 Minimalumfang hinausgehen und daher entsprechend anzupassen sind.

100

101

## 102 **6. Vergaberecht vereinfachen – Tariftreueverpflichtungen abschaffen**

103

104 Wir fordern eine massive Vereinfachung des Vergaberechts auf Ebene des Bundes und der Länder! Die  
105 Aufladung der Vergabekriterien mit fachfremden Umwelt- und Sozialstandards, zu geringe  
106 Schwellenwerte für Direktvergaben und überzogene Nachweis-, Eigenerklärungs- und  
107 Eignungsanforderungen verkomplizieren die Verfahren. Für die Unternehmen führt dies zu  
108 bürokratischer Belastung und Rechtsunsicherheit, für die öffentliche Hand zu weniger Angeboten.  
109 Ebenso sind Tariftreueverpflichtungen in den Ländern zu streichen und im Bund auf eine Einführung  
110 zu verzichten. In Zeiten von Arbeits- und Fachkräftemangel ergeben sich angemessene Löhne am  
111 Markt und nicht durch staatliche Detailregulierung.

112

113

## 114 **7. Bürokratieberatungsorgane handlungsfähig ausgestalten – kein Bürokratieabbau à la carte**

115

116 Zahlreiche Gremien und Formate sollen die Regierungen in ganz Deutschland beim Bürokratieabbau  
117 beraten und unterstützen – von Normenkontrollräten über Clearingstellen bis zu Praxiskonsultationen.  
118 Viel zu häufig fehlt diesen Organen jedoch wirkliche Kompetenz, werden ihre Vorschläge ignoriert oder  
119 ihre Aufgaben selektiv angewendet. So wurden in Baden-Württemberg beispielsweise die vielen  
120 sinnvollen Vorschläge des Normenkontrollrats erst ignoriert, um dann den Rat einfach aufzulösen. In  
121 Nordrhein-Westfalen fehlt der Clearingstelle Mittelstand das scharfe Schwert eines eigenen Initiativ-  
122 und Vorschlagsrechts. Die Praxischecks des Bundeswirtschaftsministeriums sollen im Sinne einer  
123 neutralen Auswertung und breiten Anwendung der Erkenntnisse veröffentlicht werden.

124

125 Bürokratieabbau darf aber nicht à la carte erfolgen. Er muss umfassend wirken und auch unliebsame  
126 und schwierige (Politik-)Felder einbeziehen. Wir fordern daher, dass die Bürokratieberatungsorgane  
127 der Länder handlungsfähig ausgestaltet werden – Stellungnahmepflichten der Regierungen,  
128 themenoffene Anwendung und angemessene Ausstattung sind zwingend! Zahnlose Tiger, die nur als  
129 Legitimation für Nichtstun vorhalten müssen, sowie lange Konsultationsrunden ohne Umsetzung,  
130 helfen niemandem.

131

132

## 133 **8. Standards überdenken – CO2-Preis als Regulierungsinstrument**

134

135 Wir brauchen ein grundlegendes Überdenken von Standards. Ob es Vorschriften und Normen beim  
136 Bauen, Anforderungen im Umwelt- oder Naturschutz oder Regulierung im Verbraucherschutz sind, viel  
137 zu häufig überfordern sie die Unternehmen und verursachen zusätzliche Kosten ohne Mehrwert. Wir  
138 müssen erkennen, dass weniger auch mehr sein und befreiende Wirkung haben kann. Nur so können  
139 die Wirtschaft entfesselt, Eigenverantwortung gestärkt sowie Kosten gesenkt werden.

140

141 Wir fordern nachdrücklich, dass die Sperrklausel für Effizienzvorgaben bei ETS-Anlagen erhalten bleibt.  
142 Ein alleiniger CO2-Preis ist als Maßnahme für Effizienzvorgaben ausreichend und gewährleistet eine  
143 klare und effektive Regulierung, ohne zusätzliche bürokratische Hürden zu schaffen. Die Beibehaltung  
144 dieser Klausel ist entscheidend für die Sicherstellung einer konsistenten und zielgerichteten  
145 Klimapolitik.

146

147

## 148 **9. Landwirte entlasten – Einhaltung von Immissionsschutzvorgaben erleichtern**

149

150 Unsere Landwirte ächzen unter der Bürokratie. Statt auf dem Feld oder dem Hof ihrer wertvollen  
151 Arbeit nachzugehen, müssen sie immer mehr Zeit für Papierkram am Schreibtisch aufbringen.  
152 Besonders belastend sind die vielen Immissionsschutzvorgaben, die von den Ländern und Kommunen  
153 zum Teil auch noch sehr unterschiedlich gehandhabt werden. So variieren etwa die Vorstellungen von  
154 Genehmigungsbehörden über die zu erbringenden Unterlagen selbst innerhalb desselben

155 Bundeslandes enorm. Wir brauchen deshalb eine Vereinheitlichung, Vereinfachung und  
156 Beschleunigung dieser Genehmigungsverfahren. Hier sind auch die Behörden vor Ort gefragt: Mehr  
157 Digitalisierung, mehr Effizienz und mehr Pragmatismus.

158

159 Die deutsche Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) wird die Tierhaltung aus  
160 Deutschland vertreiben, weil die Anforderungen an die Tierhalter wirtschaftlich nicht darstellbar sind.  
161 Konkret schlagen wir deshalb vor, realistische Ausnahmemöglichkeiten von den  
162 Vorsorgeanforderungen der TA Luft einzuführen. Darüber hinaus brauchen tierhaltende Betriebe eine  
163 Bestandsgarantie. Wer eine Genehmigung hat, muss den Stall nach den im Genehmigungsjahr gültigen  
164 Regeln für wenigstens 15 Jahre betreiben können, ohne das neue Tierschutz- oder Immissionsregeln  
165 dazukommen.

166

167

## 168 **10. Deutschlandtempo 2.0: Planungsbeschleunigung endlich umsetzen!**

169

170 Der Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung zwischen Bund und Ländern  
171 muss endlich in die Tat umgesetzt werden! Hierzu gehören unter anderem die Vereinfachung von  
172 Verfahrensschritten, die Ausweitung von Genehmigungsfiktionen und die durchgängige Digitalisierung  
173 von Beteiligungsverfahren. Von zentraler Bedeutung ist aber auch die Einführung Stichtagsregelung im  
174 Planungs- und Genehmigungsverfahren, damit Änderungen der Sachlage während eines  
175 Genehmigungsprozesses und daraus notwendige Anpassungen sollen nicht mehr zu  
176 Verfahrensverzögerungen führen.

177